

# Avanti O.

RSB Oberhausen

## Gegen Unrechtsanwälte und Gewerkschaftsfeinde



Protestaktion von AKUWILL am 12.11.2015 vor dem Sheraton Hotel in Essen gegen ein Seminar mit Jan Tibor Lelley

Foto: Peter Köster

### P.S.

Eigentlich ist ja Freitag, der 13. der Aktionstag gegen Unrechtsanwälte. In Essen schlug es diesmal aber schon am 12. November 13:

Der „Rechtsanwalt“ Jan Tibor Lelley hielt an diesem Donnerstag

im Sheraton einen Vortrag zum Thema „Arbeitnehmerdatenschutz“ – bzw. zu dem, was er aus diesem Thema gemacht hat.

Seine Wortwahl ist weniger plump als die von bekannteren Mobbing-Anwälten wie Helmut Naujoks oder Dirk Schreiner. Die Dienstleistung,

die er „Arbeitgebern“ andient, ist aber die gleiche:

Ihnen zu helfen, unliebsame Beschäftigte loszuwerden und Gewerkschaften aus den Betrieben heraus zu halten – ohne dass sie dabei allzu offensichtlich mit den Gesetzen in Konflikt geraten. Eines seiner Spe-

zialgebiete ist dabei offenbar die Überwachung von MitarbeiterInnen.

Der Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL) organisierte vor dem Sheraton eine Protestkundgebung gegen diese Veranstaltung und informierte dazu mit einem Flugblatt (siehe Seite 2). ■

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser 16. Ausgabe der Oberhausener Beilage zur *Avanti* berichten wir über Aktionen zum Freitag, den 13. in Essen, Oberhausen und Mülheim.

Ihr findet Informationen rund um die Demonstration „Kein Nato-Kriegsrat in Essen“ am 21.11.2015, die auch der RSB Oberhausen unterstützt hat.

Wir berichten über eine interessante Veranstaltung in Duisburg zu Nordkurdistan/Türkei und erläutern in einem weiteren Artikel, warum es für uns wichtig ist, nicht die Sprache des sog. IS zu übernehmen und damit auf dessen Propaganda hereinzufallen.

Den Abschluss dieser Beilage bildet der Artikel über das vierte RSB-Frauentreffen in Oberhausen.

Wir wünschen Euch einen stressfreien Jahresausklang und einen guten Rutsch ins Jahr 2016!

Eure Redaktion

### Inhalt

#### TITEL

- 1 **Freitag, der 13.**  
Gegen Unrechtsanwälte und Gewerkschaftsfeinde

#### BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

- 02 **Freitag, der 13.**  
Jan Tibor Lelley – ein furchtbarer Jurist
- 02 **Freitag, der 13.**  
Es schlägt 13 gegen Kik
- 03 **Freitag, der 13.**  
Aktionen in Oberhausen und Mülheim

#### ANTIMILITARISMUS

- 04 **Die künftigen Kriege**  
Zum Nato-Kriegsrat in Essen
- 05 **Die heutigen Kriege**  
Ihre Kriege, unsere Toten

#### INTERNATIONAL

- 06 **Nordkurdistan/Türkei**  
Freiheit hinter Barrikaden, Teil 1
- 07 **Naher Osten**  
Nennen wir es Daesch!

#### FRAUEN / TERMINE

- 08 **Frauen**  
Bericht vom RSB-Frauentreffen
- 08 **Termine**

## Schwarzer Freitag – Aktionen gegen Horror-Jobs und furchtbare Juristen: In Essen schon am Donnerstag ...

Dokumentation des Flugblatts von AKUWILL (Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür) zum Seminar von Jan Tibor Lelley am 12. November 2015 im Sheraton in Essen.

### Lelley spricht einen Tag zu früh ...

Womit verdient ein Un-Rechtsanwalt wie Dr. Jan Tibor Lelley sein Geld?

Freitag, der 13., bundesweiter Aktionstag gegen Horrorjobs und furchtbare Juristen, ist ein passender Anlass, dies öffentlich zu machen.

Lelley ist Partner bei Buse Heberer Fromm, einer internationalen Kanzlei mit über 100 RechtsanwältInnen, SteuerberaterInnen und WirtschaftsprüferInnen. Lelley selbst ist an den Standorten Essen und Frankfurt am Main tätig. Auf der Website der Kanzlei wird er als Experte für Arbeitsrecht empfohlen.

### Spezialgebiete: Mitarbeiterüberwachung und Mobbing

Am 12.11.2015 hält Lelley im Sheraton in Essen einen Vortrag mit dem Titel „Big Brother oder Smart Sister? Arbeitnehmerdatenschutz im Zeitalter von Google, Facebook, NSA“.

Ein Blick in das Veranstaltungsprogramm zeigt was Herr Lelley unter „Arbeitnehmerdatenschutz“ versteht. Der Titel seines Vortrags sollte danach besser lauten: „Wie kann ich meine Beschäftigten möglichst umfassend überwachen, ohne zu offensichtlich mit dem Gesetz in Konflikt zu geraten? Und was muss ich beim Beweissammeln gegen unliebsame Beschäftigte beachten, damit später die Beweise von den Gerichten nicht als illegal beschafft abgelehnt werden?“

### Systematische Gewerkschaftsbekämpfung

Jan Tibor Lelley ist kein Rechtsanwalt im herkömmlichen Sinne. Anwälte wie er gehören vielmehr zu einem Netzwerk von Kanzleien, PR-Agenturen, Denkfabriken und Lobbyorganisationen, die systematisch Gewerkschaften und Betriebsräte bekämpfen. Was in den USA seit Jahrzehnten Gang und Gäbe ist, entwickelt sich nun auch in der BRD. Sichtbar wird dies an den wachsenden Fallzahlen von

Mobbing gegen aktive Betriebsräte, Verhinderung von Betriebsratsgründungen und der Drangsalierung von gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten in den vergangenen Jahren.

Lelley hat 2011 bundesweit einschlägige Bekanntheit erlangt durch die Zerschlagung einer gewerkschaftlich organisierten Filiale von Maredo in Frankfurt am Main. Mindestens seit 2005 betrieb er da schon im Auftrag der Geschäftsleitung Kündigungsverfahren gegen KollegInnen, die auf der Abschlusliste standen, gegen die aber kein rechtmäßiger Kündigungsgrund vorlag:

Nach Aussage mehrerer Mitarbeiter – sie erstatteten später Strafanzeige wegen Nötigung und Freiheitsberaubung – wurden die Beschäftigten überraschend im abgedunkelten und verschlossenen Restaurant mehr als eine Stunde lang festgehalten. Dabei sei die Mehrzahl der Beschäftigten von Mitgliedern der Geschäftsleitung mit Diebstahlsanzeigen bedroht worden. Der Anzeige hätten sie entgegen können mit der Unterschrift unter ihre Kündigung bzw. einen Aufhebungsvertrag. An diesem Übergriff sei Lelley direkt beteiligt gewesen.\*)

**Organisierte Gewerkschaftsbekämpfung erfordert organisierte Gegenwehr.**

**Mobbing-Anwälten das Handwerk legen!**

**Gewerkschaftsfeindliche Seminare verhindern!**

Mehr Informationen? Schreiben Sie uns oder rufen Sie uns ruhig an ... Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür, Postfach 10 01 25, 46001 OberhausenTel.: 0208/30754795, Email: info@akuwill.de

\*) Quelle: „Die Fertigmacher – Arbeitsunrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung“, Werner Rügemeier / Elmar Wigand, PapyRossa 2014, S. 23 ff, 87 ff)

## Jetzt schlägt's 13 gegen Kik!

### Kik – tödliche Produktion, kein Tarifvertrag, Union Busting

Dokumentation des Flugblatts der Initiative ./ Arbeitsunrecht zum Aktionstag am Freitag, 13. November 2015.

**Kik = Lohndumping**  
**Kik = Zermürbung von Betriebsräten**  
**Kik = Einsatz von UnRechtsanwälten**  
**Kik = Streikbruch**

### DAS MUSS SICH ÄNDERN!

Wissen Sie, was die Abkürzung KiK bedeutet? KiK steht offiziell für „Kunde ist König“. Doch königlich sind bei KiK nur die Profite. Der Milliarden-Erbe Karl-Erivan Haub (geschätztes Vermögen: 4,5 Mrd. €), dem über 80 % der Kik-Anteile gehören, zählt zu den 200 reichsten Menschen der Welt. Dieser unvorstellbare Reichtum beruht zum Teil auf Ausbeutung und tödlicher Produktion in Asien, aber auch auf Lohndumping und Behinderung der Betriebsratsarbeit in Deutschland.

### UNION BUSTING DURCH SCHREINER + PARTNER STOPPEN!

Wir sind hier, um die Beschäftigten im KiK-Zentrallager in Bönen bei Hamm zu unterstützen. Sie streiken seit Monaten für einen Tarifvertrag. Die Geschäftsführung setzte Leiharbeiter ein, um den Streik zu unterlaufen. Gewerkschafter sollen durch Schikanen, Abmahnungen und Kündigungsversuche eingeschüchtert werden. Hinter dieser Zermürbungsstrategie steckt die be-

rüchtigte Fertigmacher-Kanzlei Dirk Schreiner + Partner.

### WAS GEHT MICH DAS AN?

Die systematische Bekämpfung von Betriebsräten und Gewerkschaften (Union Busting) ist in Deutschland kein Einzelfall. Immer mehr Personalmanager setzen auf maximalen Profit durch verschärften Leistungsdruck, Mobbing und Aussieben der Belegschaft. Vielleicht haben Sie so etwas ja auch schon erlebt...?

### WAS KANN ICH DAGEGEN TUN?

Als Kunde: Nehmen Sie KiK in die Verantwortung! Sprechen Sie mit der Filialleitung. Oder nerven Sie KiK durch einen Anruf im Zentrallager: 02383 / 95-40. Beschweren Sie sich über Lohndumping, Willkürmaßnahmen und Streikbruch!

Als KiK-Beschäftigte: Nehmt Kontakt zu einer Gewerkschaft auf (z.B. ver.di, Tel: 0800.8373433) und tut euch zusammen. Lasst Einzelne, die von der Geschäftsführung fertig gemacht werden sollen, nicht allein! Meldet Schikanen an das Kölner Büro der aktion./arbeitsunrecht.

<http://arbeitsunrecht.de/>

# Freitag, der 13.: Aktionen gegen BR-Mobbing und Lohndumping in Mülheim und Oberhausen

aktion./arbeitsunrecht rief für Freitag, den 13. November 2015 bundesweit zu Protest-Aktionen vor Filialen des Textil-Discounters KiK auf unter dem Motto:

**Gegen die Maßregelung von Streikenden**

**Schluss mit der Zermürbung von Betriebsratsmitgliedern**

**Gegen Hungerlöhne in Deutschland und Asien**

**Für Meinungsfreiheit in der Arbeitswelt**

**Für Tarifverträge**

**Für faire und sichere Arbeitsplätze**

KORRESPONDENT MH

**E**s gab in Mülheim eine Kundgebung von streikenden KollegInnen vom KiK-Zentrallager in Bönen vor der Tengelmann-Hauptverwaltung an der Wisollstraße und danach eine kurze Demo zu einer nahe gelegenen KiK-Filliale. Dort fand ebenfalls eine Kundgebung statt. Insgesamt waren ca. 70-80 TeilnehmerInnen vor Ort, ein größerer Teil kam aus Bönen. Aufgerufen zu den Aktionen hatte die zuständige Gewerkschaft ver.di.

In Bönen gibt es seit über einem Jahr eine Auseinandersetzung um einen Tarifvertrag - die Mittel und Methoden der Geschäftsführung umfassen nahezu das gesamte Spektrum des BR-Mobbings, mit Einschüchterung, Bedrohung, diversen Kündigungen und Abmahnungen für Betriebsräte und betrieblich aktive KollegInnen.

Die Kundgebungen und die Demo waren sehr kämpferisch und laut. Diverse RednerInnen protestierten mit ihren Beiträgen gegen die von KiK angewandten Methoden. ■



Demonstration gegen die Methoden von Kik am 13.11.2015 in Mülheim/Ruhr

Foto: AvantiO.



Demonstration vor der Kik-Filiale in Oberhausen-Sterkrade

Foto: AvantiO.

## Schwarzer Freitag bei KiK in Sterkrade

UDO FILTHAUT

**A**uch in Oberhausen hat sich eine Gruppe von ver.di-Mitgliedern, dem Aktionskreis AKUWILL und Verbündeten am 13. November zu einer Aktion zusammengefunden, zu der ver.di aufgerufen hatte. Unser Ziel war die KiK-Filiale in Sterkrade.

Einige Kollegen haben sogar in derselben beim Filialleiter und den KiK-KollegInnen die Proteste zum „Schwarzen Freitag“ und ihren Hintergrund bekannt gemacht. Vielleicht haben sogar einige KollegInnen erstmals durch die dort auch verteilten Flugblätter vom BR-Mobbing in ihrer Firma erfahren.

Viele BesucherInnen des Einkaufszentrums am „Sterkrader Tor“ waren interessiert an unserem Protest und auch empört über die Behandlung des KiK-Personals.

Nach einer Stunde waren sämtliche Flugblätter an die vorbeikommenden Menschen verteilt. ■

## TIPP

Weitere Informationen zum Schwarzen Freitag und zu den Aktionen vom 13.11.2015 findet ihr unter:

[www.arbeitsunrecht.de/freitag13/](http://www.arbeitsunrecht.de/freitag13/)

Der Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür  
AKUWILL

ist nun auch im Internet zu erreichen unter:

[www.akuwill.de](http://www.akuwill.de)

# Die künftigen Kriege

Einige Anmerkungen zur Konferenz des NATO „Joint Air Power Competence Centres“ am 23.11.2015 in Essen.

UDO FILTHAUT

Das ‚Joint Air Power Competence Centre‘ (JAPCC) ist besorgt wegen des zunehmenden Misstrauens in der Bevölkerung gegen allem Militärischen im Allgemeinen und der Nato im Besonderen.“ Mit diesen oder ähnlichen Worten wurde in den Medien über die diesjährige Jahrestagung des „Vereinigten Luftwaffenkompetenzzentrums“, so die deutsche Übersetzung obiger Militärbehörde, berichtet.

So war ein Topthema dieser Veranstaltung auch das Schlachtfeld in den Köpfen, oder: Wie kann man Informationen als Waffen einsetzen? Was gezielte Desinformationen ausrichten und wie die Menschen damit für oder gegen etwas eingestellt werden können, ist uns ja noch aus „Kaltenkriegszeiten“ – oder aktueller aus der „Berichterstattung“ über die Ukraine – in Erinnerung.

Allerdings wurde wenig bis gar nichts über den Inhalt dieser Konferenz bekannt. Im Gegensatz zu Herrn Ischingers Privatveranstaltung „Münchener Sicherheitskonferenz“ – dazu un-

ten mehr – handelt es sich bei der Konferenz des JAPCC um eine rein militärische, und dem entsprechend um eine Geheimveranstaltung. Trotz, oder gerade wegen, des dort auch behandelten „Problems“ des negativen Images in der zivilen Welt. Die Meinung des JAPCC-Direktors General Frank Gorenc: Es gebe Einheiten, welche der NATO gegenüber feindlich eingestellt seien, da sie geschickt die Unterstützung der Bevölkerung für militärische Operationen untergraben.

Mit Sicherheit aber wurden auch hier wieder aktuelle Ereignisse erörtert und strategische Maßnahmen beschlossen.

Das JAPCC ist in Kalkar beheimatet, und von dort aus wird der gesamte Nato-Luftkrieg einschließlich Drohnen für den Nahen und ferneren Osten und für Afrika gesteuert. Also auch Einsätze gegen „die Achse des Bösen“, zum Beispiel in Syrien und gegen den Daesch.

Aber das sind vielleicht nur banale Standard-situationen.

Denn wenn man die vergangenen Konferenzen der, wie die WAZ sie

nennt, „militärischen Denkfabrik für die Welt“, in Kalkar – Essen war das erste Mal Tagungsort – betrachtet, so drängt sich gerade zu auf: Die wirklich wichtigen Probleme, welche bearbeitet wurden, sind wahrscheinlich viel weitergehend.

So wurde sich 2007 mit Angriffen auf Staaten, mit denen man sich nicht im Krieg befindet, befasst. 2008 wurde die Zukunft der NATO als Allstreitmacht geplant, 2014 sogar ein möglicher Dritter Weltkrieg (Major War) nicht mehr ausgeschlossen.

Zum 21. November hatten verschiedene Organisationen von DKP bis zu den Gewerkschaften zu einer Demo in Essen aufgerufen. Gekommen waren so zwischen 600 und 800 Menschen. Es war zwar eine lautstarke Veranstaltung mit guten Redebeiträgen, aber angesichts der Wichtigkeit dieser NATO-Konferenz und auch entgegen der Meinung Frank Gorenc' ein wenig zu klein.

In München findet am 13.02.2016 wieder die so genannte Sicherheitskonferenz statt. Dies ist eine Veranstaltung, bei welcher Militär, Politik und Wirt-

schaft zusammen den neoliberalen Krieg um die Ressourcen der Welt planen. Also die Umverteilung von unten nach oben mit militärischen Mitteln. Dazu werden einige tausend oder mehr DemonstrantInnen erwartet.

Aber dies ist kein Selbstläufer. In München fangen die Planungen für die Demos und Gegenveranstaltungen ab Mitte des vorausgehenden Jahres an. Das so genannte „große Anti-Siko-Bündnis“ besteht aus Mitgliedern der meisten linken Organisationen und hat enge Beziehungen zu Gewerkschaften, Attac und Friedensinitiativen.

Die beiden Konferenzen in München und Essen sollten wir als eine Einheit sehen.

Wir sehen uns hoffentlich Anfang Februar in München!

Und: Tausende DemonstrantInnen in der kleineren und engeren Stadt Essen wären eine prima Sache! ■

\* Quelle: Junge Welt vom 17.11.2015

Demo „Kein Nato-Kriegsrat in Essen“ am 21.11.15



Foto: AvantifO.

**Aufruf zu Protesten gegen die NATO „Sicherheits“-Konferenz  
am Samstag, 13. Februar 2016 in München**

Gegen Aufrüstung und Krieg – NATO abschaffen  
No Justice - No Peace – Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden  
Bleiberecht für alle Geflüchteten – Kein Mensch ist illegal

**Den kompletten Aufruf und weitere Infos findet Ihr unter:**

**[www.sicherheitskonferenz.de](http://www.sicherheitskonferenz.de)**

# Ihre KRIEGE, unsere TOTEN. NEIN zu Imperialismus und Terrorismus! JA zur internationalen SOLIDARITÄT!

Der verbrecherische IS-Terror hat seine Wurzeln in der Machtpolitik der westlichen „Werte-Gemeinschaft“ im nahen und mittleren Osten. Die Barbarei der imperialistischen Kriege gebiert jene des Terrorismus.

## Nein zur Instrumentalisierung der Anschläge!

Nach den Anschlägen in Paris hat wie gewohnt die politische Vereinnahmung dieser Verbrechen durch die Herrschenden begonnen. Sie dienen als Vorwand für die Ausweitung ihres „Kriegs gegen den Terror“.

Allein in Afghanistan, Irak und Syrien hat dieser Staatsterror vor allem dies erreicht: Millionen sind auf der Flucht. Ihre Existenzgrundlagen sind zerstört. Hunderttausende ZivilistInnen sind ermordet worden. Die Profiteure der Kriegsindustrie explodieren. Die Kontrolle der Großkonzerne über die Erdöl- und Erdgasvorkommen in der arabischen Welt wird gesichert.

Obwohl es in Frankreich eine Vorratsdatenspeicherung gibt, konnten damit weder die Anschläge im Januar noch die im November in Paris verhindert werden. Dennoch hat die GroKo die bereits praktizierte Bespitzelung auch in Deutschland legalisiert und baut jetzt die Geheimdienste weiter aus.

## Islamismus bekämpfen!

Der Islamismus wurde und wird von den Freunden des Kapitalismus unter US-Vorherrschaft gefördert und finanziert: in Saudi-Arabien, Katar, Afghanistan, Pakistan, Syrien, in der Türkei oder im Irak. Es gilt, die Wurzeln dieses Verwandten des westlichen Faschismus offenzulegen. Es gilt, seinen menschenverachtenden Bestrebungen wirksam entgegenzutreten. Auch deshalb ist die Solidarität mit dem kurdischen Verteidigungskampf erforderlich.

Ferner gilt es, die wirtschaftliche und damit auch die militärische Basis des IS zu zerstören. Warum kann bis heute Nachschub an Mensch und Material etwa über die türkische Grenze in IS-Gebiet gelangen? Wer kauft dem IS Erdöl und historische Kunstschatze ab? Über welche Wege gelangen Gelder von IS-Sponsoren an das Terrorregime? Warum wird in den Ghettos von Paris, Brüssel oder Berlin die soziale Lage von jungen Erwachsenen, die für die IS-Propaganda besonders anfällig sind, nicht grundlegend verbessert?

## Nein zum Rassismus!

Hierzulande haben zunächst der Terror des NSU – durch Spitzel und Staatsmittel unterstützt – und dann Pegida & Co. offenen Rassismus enorm gestärkt.

Dieser Gefahr ist mit einer konsequenten Politik der Aktionseinheit entgegenzutreten. Die Hintergründe des NSU-Terrors und die Rolle der Geheimdienste sind schonungslos offenzulegen. Hierbei muss auch die Rolle des institutionalisierten Rassismus beleuchtet werden.

## Profiteure müssen zahlen!

Warum wird nicht der sozial lackierten Hetze von Neo-Nazis und RechtspopulistInnen der Boden entzogen? Warum konnten laut offiziellen Angaben rund 600 Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte allein in 2015 stattfinden?

Nicht die Flüchtlinge sind schuld an zunehmender Armut im reichen Deutschland. Es ist die Agenda-Strategie des Kapitals und der herrschenden Kreise. Sie treibt hierzulande mit Hartz IV, prekärer Beschäftigung und Rentenkürzungen Millionen in Existenznöte und Armut.

**Die Profiteure dieser Politik und die Verantwortlichen für Flucht und Vertreibung müssen zahlen!**

## Demokratische Rechte verteidigen!

Die Herrschenden bauen den „starken Staat“ noch weiter aus. Ein Ausnahmezustand wie in Frankreich, Sondergesetze und Unsummen für „Terrorbekämpfung“ sind abzulehnen.

Angesichts der Angriffe auf unsere demokratischen und sozialen Rechte ist entschlossene Gegenwehr erforderlich. Ein uneingeschränktes Demons-

trations- und Streikrecht ist hierfür unabdingbar. Der weitere Umbau der Bundeswehr zu einer global agierenden Militärmacht muss gestoppt werden.

Die jetzige Gesellschaftsordnung bedroht zunehmend die Solidarität. Ihr oberstes Gesetz ist die Konkurrenz um immer mehr Reichtum und Macht für einige Wenige. Rassismus, Neofaschismus, Islamismus und Terrorismus einerseits, Passivität und Gleichgültigkeit andererseits sind die politischen Folgen. Zudem fördert der Kapitalismus den Kampf aller gegen alle. Seine Nutznießer sind die herrschenden 0,1 Prozent, denn die Spaltung erschwert gemeinsamen Widerstand.

## Was tun?

Ein wirksamer Kampf gegen imperialistische Kriege und Terrorismus erfordert die aktive internationale Solidarität der arbeitenden Klassen. Auch Rassismus, Neofaschismus und Islamismus sind nicht per Dekret aus der Welt zu schaffen. Wir vertrauen keinem Staatsapparat, dessen Spitzel in Neonazigruppen wirken, und der die Überwachung mit dem Vorwand der „Terrorbekämpfung“ ausbaut.

**Wir brauchen eine breite außerparlamentarische und internationale Bewegung gegen Krieg, Terror und Rassismus. Wir brauchen das gemeinsame Engagement für die Verteidigung der politischen und sozialen Menschenrechte für alle. In Oberhausen, der Region und überall.**

Kontakt:

RSB Oberhausen  
Postfach 100125  
46001 Oberhausen

[info@rsb4-oberhausen.de](mailto:info@rsb4-oberhausen.de)



# Nordkurdistan / Türkei

## Freiheit hinter Barrikaden

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in der Türkei am 1. November gewann die AKP, „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“, die absolute Mehrheit zurück. Der Journalist und Historiker Dr. Nick Brauns hatte in den Wochen vor der Wahl die kurdischen Landesteile der Türkei bereist. Über seine Eindrücke und seine Einschätzung der Lage nach der Wahl berichtete er am 21. November bei einer Veranstaltung, zu der NAV-DEM Duisburg<sup>1</sup> eingeladen hatte.

### Teil 1: Historische Einordnung der Wahl in der Türkei

LINDA MARTENS

Der Wahlsieg der AKP, der Partei des amtierenden Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan, war ein Schock für demokratisch gesonnene Menschen in der Türkei und erzeugte Ratlosigkeit. Nick Brauns, der Nordkurdistan – den Osten der Türkei – in den vergangenen 15 Jahren immer wieder besucht hatte, betonte zu Beginn der Veranstaltung, wie wichtig es sei, diese Wahl historisch einzuordnen: Dadurch würden Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten für fortschrittliche Kräfte sichtbar, und die Schockstarre könnte weichen.

So beschränkte er seinen Bericht nicht auf die Erfahrungen, die er bei seiner letzten Reise gesammelt hatte, sondern gab den TeilnehmerInnen einen Überblick über die Entwicklung der Türkei seit dem Ende der 1990er Jahre – der Zeit, wo die AKP begann, bedeutsam zu werden.

Die damalige Türkei skizzierte er als einen verrotteten, mafiosen Staat, der vom schmutzigen Krieg gegen Kurdistan geprägt und durchmilitarisiert war. 1999 wurde der Vorsitzende der ArbeiterInnenpartei Kurdistans (PKK), Abdullah Öcalan, in die Türkei verschleppt. Bürokratische Strukturen und der Einfluss der Mafia stellten Hindernisse dar für die wirtschaftliche Entwicklung der Türkei.

Um die Entwicklung des Landes zu ermöglichen, bedurfte es einer neuen Partei. Die AKP schien die Rolle einer Reformpartei spielen zu können. Sie hatte alle antiwestlichen Punkte aus ihrem Programm gestrichen.

2002 wurde die AKP auf Anhieb stärkste Partei und stellte allein die Regierung. Zu Beginn trat sie liberal auf und führte Reformen ein – einige allerdings nur auf dem Papier. Großen Applaus für ihre Politik erhielt die AKP von der Wirtschaft: Denn sie führte Privatisierungen durch, liberalisierte den Arbeits-

markt und baute soziale Rechte ab, um sie durch islamische Wohlfahrtspflege zu ersetzen.

Angeblich führte Erdoğan's Politik zum Wirtschaftsaufschwung. Der Aufschwung beruhte jedoch wesentlich auf dem Zufluss von ausländischem Kapital. Problematisch war auch, dass sich in der Türkei keine produzierende Industrie entwickelte. Lediglich die Bauindustrie weitete sich aus, und es entstand eine Immobilienblase.

In den Jahren 2002 bis 2009 baute die Regierung den türkische Staat um und drängte das Militär zurück. Die AKP wurde zur Staatspartei. Es fand ein Elitenwechsel statt, die alte Elite wurde zum Teil weggesperrt.

Im Jahr 2010 wurde mit Hilfe eines Referendums die Justiz der AKP untergeordnet. Seitdem ballt sich die gesamte Staatsmacht bei der AKP, die zunehmend autoritär handelte. Im selben Jahr wurden streikende TabakarbeiterInnen von Spezialeinheiten der Polizei mit Pfefferspray und Wasserwerfern angegriffen. Die Regierung baute mit religiös verbrämter Politik Feindbilder auf, die Handlungsfreiheit von Frauen wurde durch Moralvorschriften eingeschränkt.

Im Jahr 2013 geriet die Macht der AKP in eine Krise. Erdoğan musste öffentlich eingestehen, dass die kurdische Frage militärisch nicht zu lösen ist. Es begann der Dialog zwischen der türkischen Regierung und dem PKK-Vorsitzenden Öcalan. Der Kampf um die Selbstbestimmung der KurdInnen wurde seitens der PKK nun als politischer und nicht mehr als bewaffneter Kampf geführt.

Im Sommer desselben Jahres setzten auch die Gezi-Park-Proteste ein, in denen sich der Frust aller GegnerInnen des Erdoğan-Regimes entlud – sowohl der linken als auch der rechten. Millionen gingen gegen die Regierung auf die Straße. Der Staat reagierte auf die Proteste mit Gewalt in Form von Prügel und Gasgranaten. Zehn DemonstrantInnen wurden ge-

tötet.

Durch die Gezi-Park-Bewegung, vor dem Hintergrund des Arabischen Frühlings, wurde das Image der AKP, Vorbild für den Nahen Osten zu sein, zerstört. In der Folge wurde ausländisches Kapital aus der Türkei abgezogen.

Ab 2012 wurde die türkische Regierung mit der Ausweitung der Revolution in Rojava und der Selbstverwaltungsbewegung konfrontiert. „Rojava“ ist die kurdische Bezeichnung für die überwiegend kurdisch bewohnten Regionen im Norden Syriens, also für Westkurdistan. Die Fahnen der PYD – der „Partei der Demokratischen Union“, die der PKK nahe steht – waren von der türkischen Grenze aus zu sehen. Für die AKP war dies ein Schock.

2012 wurde auch die mehrheitlich kurdische HDP – die Demokratische Partei der Völker – gegründet und gewann bald an Bedeutung.

Im Dezember 2013 begann der scharfe Konflikt zwischen der AKP-Regierung und der Bewegung des Predigers Fethullah Gülen, die bis dahin Verbündete waren. Die Gülen-Bewegung wurde von der Regierung für die Einleitung von Korruptionsverfahren u. a. gegen Erdoğan verantwortlich gemacht und zum Staatsfeind erklärt.

Das Konzept von Erdoğan, mit dieser Krise fertig zu werden, bestand darin, den so genannten IS<sup>2</sup> zu unterstützen. IS-Kämpfer, die bei den Angriffen auf kurdische Städte in Rojava verletzt wurden, wurden in türkischen Krankenhäusern behandelt. Mit LKW wurden aus der Türkei Waffen für den „IS“ nach Syrien transportiert.

Das Konzept scheiterte: Durch den erfolgreichen Kampf gegen den „IS“ konnte die PKK ihr Ansehen deutlich verbessern und bekam ein gutes Image als Verteidigerin demokratischer Rechte. Die USA wurden dadurch und durch die entstandene internationale Solidaritätsbewegung so unter Druck gesetzt, dass sie auf Sei-

### Der Referent

Dr. Nick Brauns wurde 1971 in München geboren und lebt und arbeitet heute in Berlin.

Türkei/Kurdistan gehört zu seinen Schwerpunktthemen, und er unternimmt regelmäßig politische Studienreisen in den Nahen Osten.

Ein weiteres Spezialgebiet von Nick Brauns ist die Geschichte der ArbeiterInnenbewegung. So hat er in Neuer Geschichte über die Rote Hilfe Deutschlands promoviert.

Auf seiner Website findet Ihr neben Informationen zu seiner

Person auch Fotoreportagen und zahlreiche Texte unter anderem über den Nahen Osten.

Es lohnt sich, diese Website anzuschauen, wenn Ihr mehr Informationen zum Beispiel über die Situation in der Türkei vor und nach den letzten Wahlen, über die Verteidigung der kurdischen Stadt Kobanê (Rojava, Syrien) gegen den so genannten IS und über die Lebensbedingungen in Kurdistan haben möchtet:

[www.nikolaus-brauns.de](http://www.nikolaus-brauns.de)

ten der KurdInnen militärisch eingreifen mussten.

Dies wirkte auch in die Türkei hinein:

Die Menschen konnten sehen, dass es eine Kraft gab, die in der Lage war, dem „IS“ entgegen zu treten und die erkämpften Rechte zu verteidigen. Unterdrückte Bevölkerungsgruppen und fortschrittliche Kräfte wie AlevitInnen und Linke schöpften dadurch neuen Mut.

Auf dieser Entwicklung und auf der Gezi-Park-Bewegung konnte die HDP aufbauen und ihr Image, reine Interessenvertretung der KurdInnen zu sein, ablegen. Sie wurde nun als Partei aller demokratischen Kräfte, die für politische und soziale Rechte von Ausgebeuteten und Unterdrückten kämpfen, wahrgenommen. ■

Fortsetzung folgt.

### Fußnoten

<sup>1</sup> Der bundesweit tätige Verein NAV-DEM ist Ergebnis der Neuorganisation der Arbeit des Dachverbandes kurdischer Vereine und Institutionen. Er löst die Föderation der Kurdischen Vereine in Deutschland – YEK-KOM e.V. – ab. Der NAV-DEM e. V. soll die Zusammenarbeit von Frauen, Jugendlichen, verschiedenen kurdischen Religionsgemeinschaften und der insgesamt 260 Vereine und Einrichtungen koordinieren. Die primäre Entscheidungsbefugnis liegt dabei bei den Gesellschaftszentren auf der lokalen Ebene. Ziel der Neuorganisation ist die Organisierung und Förderung der Demokratie an der Basis. Mehr Informationen unter [www.navdem.com](http://www.navdem.com).

<sup>2</sup> IS steht für „Islamischer Staat“. Siehe hierzu auch den Artikel unten auf dieser Seite.

Weg mit dem  
PKK-Verbot!

داعش<sup>1</sup>

## „Al-daula al-Islamija fi-l-Iraq wa-l-Sham“ oder ISIS? Oder gar „Islamischer Staat“ – IS? Nennen wir es doch einfach Daesch!

ERNST KOCHANOWSKI

Islamischer Staat im Irak und der Levante“. So ist die korrekte deutsche Übersetzung. Wenn wir nun die Anfangsbuchstaben des arabischen Begriffs nehmen, ergibt dies den Namen „Da'esh“ – oder deutsch ausgesprochen „Daesch“.

Merkwürdigerweise ist die geläufige Abkürzung dieser arabischen Bezeichnung aber ISIS – und seltener ISIL. Der Name „Levante“ ist italienischen Ursprungs und bedeutet „Morgenland“. Damit sind die Länder gemeint, welche wir seit den 1960'ern unter „Der Nahe Osten“ kennen, also Palästina, Israel, Libanon und Syrien. Der arabische Name hierfür ist Sham. So ist ISIS eine deutsch-englisch-arabische Kurzbezeichnung für die, die sich heute selbst „Islamischer Staat“ nennen.

Welch ungeheure Hybris in dieser Bezeichnung steckt, wird auch bei nicht besonders tiefgehender Be-

trachtung und allein mit dem Wissen aus den alltäglichen Nachrichten deutlich.

Das Erscheinungsbild dieser Gotteskrieger erinnert uns auch eher an das, was uns im Schulunterricht vom „Dreißigjährigen Krieg“ mit seinen marodierenden und brandschatzenden Landsknechtsheeren beigebracht wurde.

Aber seien wir nicht ganz so überheblich. Sehr wohl kann mensch den „IS“, oder besser: den Daesch, auch als Plagiat betrachten. Das Original ist von uns, besser: von unseren Ahnen. Noch heute nennen wir es „Christliches Abendland“.

Wie wir nämlich auch in der Schule lernten, ging von diesem über Jahrhunderte unbeschreibliches Elend, Gewalt und Zerstörung aus. Nur als Beispiel – denn es gibt noch vielmehr Grausiges zu berichten – die Kreuzzüge zwischen 1100 und 1300 anno Domini. Dieses Trauma der Verbreitung des Chris-

tentums mit Feuer und Schwert prägte bis in die Neuzeit das Verhältnis der Religionen im muslimisch-jüdisch-christlichen Raum. Auch der Daesch sieht sich in einem Kreuzzug gegen die Feinde des wahren Islam, welche in ihren Mythen dann in einer Schlacht im türkisch-syrischen Grenzgebiet vernichtet werden.

Aber zurück zum Namen „Al-daula al-Islamija fi-l-Iraq wa-l-Sham“, abgekürzt: Da'esh.

Dies wäre ein korrekter Name für den so genannten IS, statt der englisch/deutschen Fassung. Warum also nennen sich diese marodierenden Haufen nicht so?

Weil dummerweise das arabische Wort Da'esh eine recht negative Bedeutung hat. Es bedeutet soviel wie „Zwietracht sähen“ oder „zertreten“ und ist wohl einfach zu zutreffend. Jedenfalls versuchen die so Bezeichneten seit circa drei Jahren, die Verwendung dieses Begriffes zu

unterbinden. Ja, es wird sogar berichtet, dass in Kobanê kurdische Verteidiger durch den Zuruf „Da'esh, Da'esh!“ die Angreifer dazu gebracht haben, unter Vernachlässigung aller Deckung wuterfüllt auf die Verteidiger zuzulaufen, wodurch sie leichte Opfer der kurdischen Geschosse wurden. Dies soll sogar mitentscheidend im Kampf um Kobanê gewesen sein.

So haben wir diverse Gründe, den „IS“ bei seinem richtigen Namen zu nennen.

Also sagen wir Daesch! ■

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 23.11.2015.

<sup>1</sup> Dā'iš als Akronym für:

والشام العراق في الإسلامية لدولة

(ad-daula al-islāmiyya fi l-Iraq wa-š-Šām)

# RSB-Frauentreffen: Gemeinsam sind wir stark!

BÄRBEL, PETRA, SOPHIE

Im Jahr 2013 haben wir uns gemeinsam an die Aufgabe herangewagt, dem RSB durch die Selbstorganisation seiner weiblichen Mitglieder und eine entsprechende politische Praxis ein feministisches Profil zu geben. Für Januar 2014 organisierten wir das erste RSB-Frauentreffen, an dem auch Frauen aus unserem Umfeld teilnahmen. Mit dem Austausch von Erfahrungen und gemeinsamen Absprachen haben wir die Grundlage für kollektives politisches Handeln gelegt. Im Seminarteil haben wir mit vorbereiteten inhaltlichen Beiträgen voneinander einiges dazugelernt.

Beim erfolgreich durchgeführten ersten Treffen nahmen wir uns vor, derartige Veranstaltungen fortan etwa jedes halbe Jahr durchzuführen.



Und wir haben es auch getan:

Am 31.10./01.11.2015 fand nunmehr das vierte RSB-Frauentreffen statt, diesmal in der Trägerschaft vom RSB Oberhausen.

Das Treffen fing an mit einem informellen Teil, damit die Teilnehmerinnen sich gegenseitig kennen lernen konnten.

Zu Beginn des Seminarteils setzten wir uns mit Ursprung

und Wesen von Frauenunterdrückung auseinander, entlang der Diskussion, die auf dem Frauenseminar der IV. Internationale in Amsterdam im Sommer geführt wurde. Hier zeigte sich einmal mehr, was für eine schwierige Aufgabe es ist, feministisch-marxistische Debatten so zu führen, dass sie tatsächlich für die politische Arbeit der Aktiven von Nutzen sind. Diese Aufgabe zu erfüllen ist eine bleibende, notwendige Herausforderung.

Ein Bericht vom Seminar in Amsterdam vermittelte den Teilnehmerinnen einen Eindruck von der Situation von Frauen und ihren Kämpfen in anderen Ländern.

Nach dem Blick auf internationale Aktivitäten diskutierten wir über unsere eigenen Aufgaben. Das Thema bezahlte und unbezahlte Care-Arbeit – der englische Begriff ist um-

fassender als die Übersetzung „Sorge-Arbeit“ – sehen wir als eines der Themen an, die derzeit für Frauen in der BRD am wichtigsten sind. Darum stand es mit mehreren Unterpunkten auf unserer Tagesordnung.

Dass sich – in der BRD und auch international – derzeit vielerorts neue Frauengruppen gründen, Frauen wieder vermehrt auf die Straße gehen und maßgeblich an Arbeitskämpfen beteiligt sind, macht uns Mut. Und wir freuen uns auf unser nächstes Treffen in etwa einem halben Jahr. ■

**equal pay  
day  
2016  
19. März**

## RSB/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

### Impressum:

RSB Oberhausen  
Postfach 10 01 25  
D-46001 Oberhausen  
**Fon:** +49 (0) 208 / 768 422 46  
**Email:** info@rsb4-oberhausen.de



### TERMINE (weitere Infos beim RSB Oberhausen)

- Sonntag, 10. Januar, 10:00 Uhr, Internationale Luxemburg-Liebknecht Demonstration in Berlin, vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde
- Donnerstag, 21. Januar, 18:00 Uhr, Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür (AKUWILL), Gewerkschaftshaus, Oberhausen